

## Freiheit sichern – Polizei demokratisieren!

Auch in Bayern konnten zuletzt Gesetzesverschärfungen und eine Autoritarisierung der Innenpolitik beobachtet werden. In einer Welt, die zumindest gefühlt immer komplizierter wird, versuchen vor allem konservative und nationalistische Parteien, allen voran die CSU, mit möglichst einfachen Forderungen das „Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung wiederherzustellen. Immer weitere „Sicherheitsgesetze“ in engen Abständen schaffen jedoch nicht mehr Sicherheit, sondern sind nur Aktionismus und schüren die Ängste vor Kriminalität und Terrorismus. Das jüngste dieser Gesetzesvorhaben ist das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz, das die CSU zurzeit vorantreibt. Die GRÜNE JUGEND Bayern dagegen setzt sich für eine demokratische und bürger\*innennahe Polizei ein.

### Bürger\*innennahe Polizei statt Polizeiwillkür!

Wir wollen eine Polizei, die Grund- und Bürger\*innenrechte achtet. Als Inhaber\*innen der staatlichen Gewalt müssen sich alle Polizist\*innen ihrer Verantwortung bewusst sein. In diesem Zusammenhang muss vor allem die Kontrolle der Polizei gestärkt werden, um einen Machtmissbrauch durch Polizist\*innen wirkungsvoll ausschließen zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Einführung eines\*r unabhängigen Polizeibeauftragte\*n, die\*r an den bayerischen Landtag angegliedert werden soll. Ihm\*r soll eine unabhängige Behörde unterstellt werden, die landesweit für alle Ermittlungen zuständig ist, bei denen Polizist\*innen unter dem Verdacht stehen, Straftaten begangen zu haben. Um insbesondere bei Großeinsätzen eine nachträgliche Identifizierung von Polizist\*innen zu ermöglichen, müssen alle Polizeibeamt\*innen mit einer anonymen Nummernkennzeichnung - auf Wunsch auch mit Namen - ausgestattet werden.

In den letzten Jahren wurde die Polizei mit immer weitreichenderen Befugnissen ausgestattet. Einsatzschwellen wurden gesenkt, neue Einsatzmittel erlaubt und Befugnisse erweitert. So wurden für die Polizei in Sachsen und Hamburg Panzerfahrzeuge beschafft, in Würzen das SEK bei einer Demonstration zur „Sicherung“ eben dieser eingesetzt und in Bayern geplant, der Polizei den Einsatz von Explosivwaffen wie Handgranaten deutlich zu vereinfachen.

Diese Militarisierung der Polizei lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab, da sie in einen Widerspruch zum Konzept einer bürger\*innennahen Polizei darstellt. Zudem muss eine Debatte darüber angestoßen werden, inwieweit das Tragen von Schusswaffen durch Polizeibeamt\*innen im öffentlichen Raum notwendig ist. In jedem Falle muss die polizeiliche Ausbildung im Hinblick auf den Einsatz von Waffen verbessert werden. In regelmäßigen Schulungen muss darauf hingewiesen

werden, dass Waffen nur in bestimmten Situationen und in einem vernünftigen Maße eingesetzt werden dürfen.

Gerade auf Demonstrationen wird zurzeit oft Pfefferspray durch die Polizei eingesetzt, teilweise mit einer extrem niedrigen Einsatzschwelle. Dieses Einsatzmittel fügt den Opfern nicht nur immense Schmerzen zu, sondern kann unter Umständen auch tödlich enden. Deswegen ist Pfefferspray im Genfer Protokoll als Kampfstoff international geächtet. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein Verbot von Pfefferspray im Polizeieinsatz.

Ebenso lehnen wir die Einführung von Elektroschockwaffen, sogenannten Tasern, für die Polizei ab, da die Hemmschwelle, diese auch in Situationen einzusetzen, in denen ein Einsatz eigentlich nicht geboten wäre, äußerst gering ist. Auch Taser können den Betroffenen schwere und sogar tödliche Verletzungen zufügen.

Ebenfalls lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern das Tragen von schlagverstärkenden Handschuhen, sogenannten Quarzhandschuhen, ab und setzt sich dafür ein, dass Schutzbewaffnung nur dann angelegt werden kann, wenn die Einsatzsituation es unbedingt erfordert.

Wir lehnen darüber hinaus die Aufrüstung von Sicherheits- und Ordnungsdienstmitarbeiter\*innen ab und fordern deren Abrüstung, denn das Gewaltmonopol muss beim Staat liegen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt die derzeitige massive Aufstockung von Schlagstöcken, denn sie fördern die unnötige Gefahr von schweren Verletzungen und Tötungen bei alltäglichen Einsätzen. Es müssen zudem Abgabestellen geschaffen werden, bei denen private Waffen unkompliziert und straffrei abgegeben werden können. So reduzieren wir den Gesamtbestand an Waffen in der Bevölkerung.

### USK auflösen!

Insbesondere bei Großlagen wie Demonstrationen oder Fußballspielen wird in Bayern das Unterstützungskommando der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Dieses ist eine Spezialeinheit, die oft auch als Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit eingesetzt wird. Angehörige des USK sind in den vergangenen Jahren vor allem gegenüber linken Demonstrant\*innen immer wieder extrem gewalttätig aufgetreten. Eine Verfolgung von Straftaten dieser Polizeibeamt\*innen scheidet regelmäßig am Corpsgeist in den Einheiten. Zudem konnte immer wieder eine gefährliche Nähe von Mitgliedern des USK zu rechtsextremen Positionen und Gruppierungen festgestellt werden.

Die Probleme des USK sind strukturell bedingt und können auch nicht durch bessere Ausbildung oder Schulungen behoben werden. Eine solche Einheit hat bei einer bürger\*innennahen Polizei

nichts verloren. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die Auflösung des USK. Aufgaben des USK sollen in Zukunft auf andere geeignete bestehende Polizeieinheiten übertragen werden.

### PAG-Novellen rückgängig machen!

Die schon bestehenden Befugnisse der bayerischen Polizei sollen mit der zweiten Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) innerhalb eines Jahres massiv ausgeweitet werden. Schon mit der PAG-Novelle im Juli 2017 wurde mit der Einführung des Begriffs der „drohenden Gefahr“ die Grundlage für präventive polizeiliche Maßnahmen allein aufgrund der Gesinnung der Betroffenen geschaffen. Diese neue polizeirechtliche Kategorie ermöglicht eine starke Absenkung der Schwelle für massive Eingriffe der Polizei in Grund- und Bürger\*innenrechte. Beispielsweise können Menschen seit Juli 2017 quasi unbegrenzt präventiv in Haft genommen werden. Problematisch ist dabei insbesondere der präventive Charakter der Befugnisse. Wir wollen keinen „Prepolicing“-Staat, in dem die Polizei schlimmstenfalls auf der Basis von Statistiken Grundrechtseingriffe vornehmen kann.

Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt die Kategorie der drohenden Gefahr deswegen ab und setzt sich für die Abschaffung der PAG-Novelle von 2017 ein.

Darauf aufbauend wird zurzeit an der zweiten Novelle des PAG gearbeitet, die am 25. Mai 2018 in Kraft treten soll. Im Zuge dessen möchte die CSU die Polizei mit Geheimdienstbefugnissen und weiteren Kompetenzen ausstatten: beispielsweise soll die Polizei Menschen ohne richterliche Vorkontrolle zur Abgabe von DNA-Proben zwingen können oder Handgranaten mit niedriger Einsatzschwelle einsetzen dürfen. Zudem soll bei Videoüberwachung eine automatische Gesichtserkennung eingeführt werden. Demonstrationen sollen anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit Drohnen. Damit würde das Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Die Polizei könnte ohne den konkreten Verdacht auf eine Straftat Briefe öffnen, elektronische Daten der Betroffenen auslesen und sogar verändern. Das bestehende Auskunftsverweigerungsrecht bestimmter Berufsgruppen wie Journalist\*innen soll drastisch eingeschränkt werden.

Solcherlei Befugnisse für die Polizei und Überwachungsmaßnahmen lehnen wir entschieden ab. Wir wollen eine freie Gesellschaft, die Wahrung der Grundrechte und keinen Überwachungsstaat!

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert den bayerischen Landtag auf, dieses Gesetz nicht zu beschließen, sowie die aktuelle polizeiliche Gesetzgebung zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten, um eine bürger\*innennahe Polizei zu schaffen. Sollte der Landtag das Gesetz wie zu erwarten verabschiedet, werden wir uns dafür einsetzen, dass es sobald wie möglich rückgängig gemacht wird und Klagen gegen das Gesetz nach Möglichkeit unterstützen.

### Verbot von Racial Profiling ins PAG!

Trotz der gerichtlich festgestellten Rechtswidrigkeit solcher Maßnahmen wird auch in Bayern immer noch Racial Profiling angewandt. Dabei kontrolliert die Polizei gezielt nicht-weiße Menschen allein aufgrund ihres Aussehens oder ihrer angenommenen Herkunft. Darüber hinaus werden solche Kontrollen auch bei Menschen durchgeführt, deren äußere Erscheinung nicht den gesellschaftlich tradierten Normen entspricht. Diese Vorgehensweise muss umgehend enden!

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, ein Verbot von Racial Profiling explizit ins Polizeiaufgabengesetz aufzunehmen und Zuwiderhandlungen zu verfolgen. Außerdem müssen Polizeibeamt\*innen dafür sensibilisiert werden, welche Verhaltensweisen rassistisch und deswegen zu unterlassen sind. Dafür sollen regelmäßige verpflichtende Reflexionsrunden stattfinden, in denen analysiert wird ob das Verhalten, egal ob absichtlich oder nicht, durch Vorurteile geprägt ist. Zudem sollten verdachtsunabhängige Kontrollen wie die sogenannte Schleierfahndung nur noch in einem sehr eng gesteckten Rahmen bei Hinweisen auf eine konkrete Gefahr in einem begrenzten Gebiet zulässig sein. Die Ausweisung großräumiger "Gefahrengebiete" lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab.

Grenzkontrollen an den bayerischen Außengrenzen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ebenso wie die Einführung einer bayerischen Grenzpolizei ab, da der Grenzschutz - wie auch in Artikel 73 des GG geregelt- Bundessache und eine solche bayrische Grenzpolizei somit verfassungswidrig ist. Ebenso lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern Einsätze der Bundeswehr im Inneren ab.

### Für sachliche und politisch neutrale polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit!

Mit Sorge betrachtet die GRÜNE JUGEND Bayern die Entwicklung der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit den sozialen Medien. Mittlerweile entsteht immer öfter der Anschein, dass die Polizei als politische Akteurin auftreten möchte. Dabei kommt die Polizei nicht nur den ihr gegebenen Informationspflichten gegenüber der Bevölkerung nach, sondern nimmt zusätzlich eine politische oder vorschnelle rechtliche Einordnung vor. Dies ist bei Aussagen, die Polizist\*innen vom Vorwurf jeglichen Fehlverhaltens freisprechen, bevor überhaupt interne Ermittlungen und Aufklärung stattgefunden haben, beispielsweise beim Vorwurf der Polizeigewalt, ebenso zu beobachten, wie beim Umgang mit linken Demonstrationen und nicht-deutschen Menschen.

Zum Teil werden dabei auch stigmatisierende und diskriminierende Begriffe wie „Nafri“ verwendet oder - wie zum Beispiel bei der Räumung des Hausprojekts Friedel 54 in Berlin - vorschnell Behauptungen aufgestellt, die sich später als falsch erweisen, zuvor aber von vielen Medien und Beobachter\*innen übernommen und verbreitet werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die Polizei zu einem defensiven und verantwortungsbewussten Umgang mit den sozialen Medien auf, der zudem keine politische Bewertung miteinschließt!

Es dürfen unter keinen Umständen diskriminierende Äußerungen von offiziellen Plattformen der Polizei getätigt oder Informationen als Tatsachen verbreitet werden, bevor diese gerichtsfest gesichert sind. Auch stellen wir uns klar dagegen, dass Polizeibehörden und einzelne Parteien eine gesellschaftliche Stimmung schüren, die jegliche Kritik an Polizeiarbeit verbietet und Sicherheitsbehörden als unfehlbar geriert.

### Für ein Versammlungsfreiheitsgesetz statt der Verschärfung des Versammlungsrechts!

Zuletzt wurde die Demonstrationsfreiheit durch die Verschärfung der §§ 113 bis 115, 125 und 323c StGB, mit denen durch massive Strafandrohung für Bagatelldelikte ein besserer Schutz für Einsatzkräfte bewirkt werden sollte, im Frühjahr 2017 spürbar eingeschränkt. Im Nachgang der G20-Proteste wurde von den Unions-Innenminister\*innen dann gefordert, den Straftatbestand des Landfriedensbruchs derart zu ändern, dass man bereits belangt werden könnte, wenn man sich nur an einer Demonstration beteiligt, aus der beispielsweise ein Stein geworfen wird. Das würde de facto einer Abschaffung der Versammlungsfreiheit gleichkommen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt diese Versuche der Einschränkung von elementaren Grundrechten der Demokratie! Die Verschärfung der §§ 113 bis 115, 125 und 323c StGB muss rückgängig gemacht werden. Weitere Gesetzesverschärfungen, die sich negativ auf die Versammlungsfreiheit auswirken, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen fordern wir ein Versammlungsfreiheitsgesetz, das die Durchführung von Demonstrationen und Versammlungen erleichtert.

Wir wollen den derzeitigen Straftatbestand der Vermummung bei Demonstrationen auf eine Ordnungswidrigkeit zurückstufen, um der Polizei einen Ermessenspielraum bei der Verfolgung zu geben. Das Verbot, Vermummungsgegenstände auf Demonstrationen lediglich mitzuführen muss aufgehoben werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert darüber hinaus ein Verbot des Einsatzes von Wasserwerfern bei Temperaturen unter 0 °C. Bei der Ausbildung der Polizei sollte in Bezug auf Versammlungen und Großereignissen wie Fußballspiele das Hauptaugenmerk auf Deeskalation

liegen. Polizeiliche Einsatzkonzepte, die von vornherein darauf ausgelegt sind, Demonstrationen nicht laufen zu lassen, lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern entschieden ab!

### Kein Missbrauch technischer Möglichkeiten!

Im Januar lief das Modellprojekt zur Videoüberwachung mit automatischer Gesichtserkennung am Berliner Südkreuz aus. Nun soll das Projekt um weitere sechs Monate verlängert werden. In diesem Test soll die Software aus Bildern von Menschen diese wiedererkennen, falls sie sich im Bereich des Bahnhofs aufhalten. Auch in Bayern soll die automatische Gesichtserkennung mit der Videoüberwachung kombiniert werden.

Wir sehen darin einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte aller Bürger\*innen, denn auch die Gesichter von nicht gesuchten Personen werden gescannt. Dadurch lassen sich theoretisch Bewegungsprofile für alle Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, erstellen. Zudem ist die Zahl „falscher Treffer“ erschreckend hoch: es werden überwiegend Menschen als gesucht identifiziert, die es gar nicht sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt deswegen anlasslose Videoüberwachung ab und fordert ein Verbot der Nutzung von Software zur automatischen Gesichtserkennung und zur Analyse von Videomaterial.

Videoüberwachung sorgt lediglich für eine „gefühlte“ Sicherheit und kann für die Aufklärung von Straftaten unterstützend wirken, hilft aber nicht bei deren Verhinderung. Darüber hinaus lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern auch jede Art von Vorratsdatenspeicherung ab. Vorratsdatenspeicherung stellt einen enormen Eingriff in die Privatsphäre unbescholtener Bürger\*innen dar. Trotz Löschfristen kann nie sichergestellt sein, ob die Daten wirklich gelöscht wurden oder ob sie vorher nicht kopiert wurden.

### Sicherheitslücken gehören geschlossen!

Immer wieder kommt es zu Leaks sogenannter Hacking-Werkzeuge verschiedener Geheimdienste. Bei diesen Hacking-Werkzeugen handelt es sich meist um gesammelte Sicherheitslücken, die dann für Staatstrojaner und die Infiltration von IT-Systemen genutzt werden. Niemand kann garantieren, dass diese Schwachstellen nicht irgendwann bekannt gemacht werden und für kriminelle Zwecke genutzt werden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass staatliche Stellen Sicherheitslücken schließen und nicht missbrauchen. Für die Verfolgung Einzelner darf nicht die Datensicherheit Vieler in Gefahr gebracht

werden. Software wird immer Schwachstellen haben, umso wichtiger ist es, dass jede bekannte Sicherheitslücke geschlossen wird. Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Bayern eine sofortige polizeiliche Meldepflicht für Sicherheitslücken, sowie eine Veröffentlichung besagter Sicherheitslücke nach Verstreichen einer angemessenen Frist.

#### Für Datensouveränität - gegen Staatstrojaner!

Mit Staatstrojanern versuchen Sicherheitsbehörden, digitale Geräte auszuspähen. Die neuesten Trojaner können beispielsweise Screenshots von Chatverläufen machen und somit die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von verschlüsselten Messenger-Diensten umgehen. Betroffene erfahren - wenn überhaupt - erst lange nach der Maßnahme davon. Für die GRÜNE JUGEND Bayern gehen diese Eingriffe in die Privatsphäre entschieden zu weit! Wir treten für Datensouveränität und den Schutz privater Kommunikation ein. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen das Ende des Einsatzes von Staatstrojanern und allgemein das Ende der staatlichen heimlichen Online-Durchsuchung.

Beschlossen auf dem 42. Landesjugendkongress der GRÜNEN JUGEND Bayern am 12. Mai 2018 in Würzburg.